



Wahlprogramm

der Juso-Hochschulgruppe
für die Wahlen
zum Studierendenparlament 2017

Inhalt

Vorwort

I. Unsere Forderungen im Überblick

II. Gute Studienbedingungen

1. Für ein gerechtes BAföG
2. Für bezahlbaren Wohnraum
3. Für studierendenfreundliche Prüfungsbedingungen
4. Gegen Anwesenheitspflichten
5. Für eine Masterplatzgarantie
6. Für den Ausbau des Kultursemestertickets
7. Für Verbesserungen in der Lehre
8. Für mehr Plätze in den Bibliotheken
9. Für die Einführung der Studicard
10. Für bessere Mensen
11. Für mehr Hochschulsport
12. Für mehr Interdisziplinarität

III. Für eine soziale, gerechte und ökologische Hochschule

1. Refugees welcome – auch an der Hochschule
2. Für eine Demokratisierung der Hochschulen
3. Für mehr Gleichstellung und eine starke feministische Hochschule
4. Für eine Umbenennung der Hochschule
5. Für eine bessere Hochschulfinanzierung
6. Gegen das Verbindungswesen
7. Zusammen gegen den Rechtsruck
8. Für eine ökologische Hochschule
9. Für mehr Kulturräume
10. Für eine gerechte Hochschulzulassung
11. Für die Zivilklausel
12. Für faire Bedingungen für studentische Hilfskräfte
13. Für eine gute Vernetzung mit anderen Studierendenschaften

Vorwort

Wir als Juso-Hochschulgruppe setzen uns seit vielen Jahren für eine soziale, gerechte und ökologische Hochschule in Münster ein. Dafür haben wir uns in den Gremien der verfassten Studierendenschaft und vielen anderen Institutionen der Hochschule eingebracht und daran gearbeitet, dass die Studienbedingungen für alle Studierenden besser und gerechter werden. Diese Arbeit möchten wir auch im Jahr 2017 fortsetzen und geben mit diesem Wahlprogramm einen Überblick über die Anliegen, für die wir weiterkämpfen wollen, und solche, die neu in den Fokus gerückt und für eine moderne Hochschule von Bedeutung sind.

Aber wir möchten uns nicht nur an der Hochschule sondern auch darüber hinaus in der gesamten Gesellschaft für unsere progressiven Inhalte einsetzen. Hochschule und Gesellschaft, und damit auch Hochschul- und Allgemeinpolitik, sind schlicht nicht voneinander zu trennen. Vielmehr sind die meisten hochschulpolitischen Themen auch allgemeinpolitisch und gleichzeitig berühren allgemeinpolitische Themen die Studierenden und die Hochschule.

Auf Grund dessen setzen wir uns dafür ein, dass die verfasste Studierendenschaft das allgemeinpolitische Mandat erhält. Wir als Studierendenschaft sollen uns zu allen gesellschaftlichen Fragen äußern dürfen. Wir möchten die Gesellschaft mitgestalten, denn wir sind ein Teil von ihr. Gleichsam sollen auch alle Menschen die Möglichkeit haben, an der Hochschule teilzuhaben. Unsere Vorstellungen von einer Hochschule enden nicht mit dem Campus. Deshalb beschränken sich unsere Ideen und Anliegen auch nicht darauf und wir fordern das allgemeinpolitische Mandat!

II. Unsere Forderungen im Überblick

- **Für bezahlbaren Wohnraum**
 - Orientierung der Maximalmiete im Wohnheim an der BAföG-Wohnpauschale von 250 Euro
 - Ausfinanzierung des Studierendenwerks
 - Ausbau städtischen sozialen Wohnraums
 - Kauf und Bau von neuen Wohnheimen durch das Studierendenwerk
 - Wohnheimplatzgarantie für ausländische Studierende

- **Für mehr Kulturräume**
 - Schaffung selbstverwalteter Kulturräume für Studierende
 - größere und besser ausgestattete Räume für Fachschaften

- **Für mehr Gleichstellung**
 - Verbindliche Frauenquote bei der Besetzung von Professuren
 - Konsequente Bekämpfung von Diskriminierung und Sexismus an der Universität
 - Unterstützung von Empowerment-Programmen
 - Schaffung von Schutzräumen
 - Quotierte Besetzung des AstA und sämtlicher Gremien der Studierendenschaft

- **Für eine bessere Hochschulfinanzierung - Gegen Studiengebühren**
 - Staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen statt Wettbewerbslogik
 - Keine Einsparung in der Lehre vor Ort
 - Keine Wiedereinführung von Studiengebühren!

- **Für ein gerechtes BAföG**
 - Erhöhung der Fördersummen und Anpassung der Bedarfssätze
 - Langfristig alters- und elternunabhängiges BAföG
 - Schnelle Antragsbearbeitung durch bessere personelle Ausstattung der Studierendenwerke

- **Für faire Bedingungen für studentische Hilfskräfte**
 - Angemessene Bezahlung, faire Stellenbesetzung und Einhaltung grundlegender Ansprüche
 - bei studentischen Hilfskräften
 - Unterstützung der neuen SHK-Vertretung
 - Schaffung eines eigenen Tarif-Vertrages

- **Refugees welcome – auch an der Hochschule**
 - Kostenlose Sprachkurse
 - Kostenlose Gasthörer*innenschaft
 - Öffnung von Hochschulsport und Mensen
 - Abbau der Bürokratie bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

- **Für eine barrierefreie Hochschule**
 - Aufdeckung und Beseitigung jeglicher tatsächlicher oder ideeller Hürden im Hochschulalltag

- **Für eine Demokratisierung der Hochschulen**
 - Erhalt und Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte für Studierende
 - Abschaffung des Hochschulrates
 - Gleiches Stimmgewicht für alle Statusgruppen im Senat und in sämtlichen Kommissionen
 - Stärkung der Verfassten Studierendenschaft

- **Für eine Masterplatzgarantie**
 - Langfristige Schaffung von genügend Masterplätzen
 - Rechtsanspruch auf einen Masterplatz für alle Studierende
 - Aufwertung des Bachelorabschlusses

- **Für studierendenfreundliche Prüfungsbedingungen**
 - Einheitliches und ausgereiftes IT- Angebot für Studierende, das alle Funktionen der derzeitigen Online-Plattformen zusammenfasst
 - Längere An- und Abmeldefristen für Prüfungen
 - Eine Woche ohne universitäre Veranstaltungen vor der Prüfungsphase zur besseren Vorbereitung
 - Prüfungen zu angemessenen Zeiten: Keine Klausuren spätabends und am Wochenende

- **Gegen Anwesenheitspflichten**
 - Konsequente Umsetzung der rechtlichen Lage: Verbotene Anwesenheitspflichten bekämpfen

- **Für den Ausbau des Kultursemestertickets**
 - Erweiterung der kooperierenden Einrichtungen
 - Kulturelle Teilhabe für alle sichern

- **Für Verbesserungen in der Lehre**
 - Verpflichtende kontinuierliche Didaktik-Fortbildungen für Dozent*innen
 - Arbeitsbedingungen für die Angestellten der Hochschule verbessern
 - Verstärkter Einsatz von E-Learning
 - Evaluation jeder Veranstaltung und Veröffentlichung der Ergebnisse

- **Für mehr Plätze in den Bibliotheken**
 - Erweiterung der Arbeitsplätze in der ULB und in Zweigbibliotheken
 - Verlängerung der Öffnungszeiten besonders auch in Zweig- und Institutsbibliotheken
 - Öffnung der Mensen als Lernräume außerhalb der Essenszeit

- **Für die Erweiterung der StudiCard**
 - Zusammenführung von StudiCard mit Kultursemesterticket und Semesterticket
 - Guthaben-Aufstockung per Überweisung
 - Höchste Priorität für den Schutz der persönlichen Daten

- **Für bessere Mensen**
 - Erhöhung der Kapazitäten besonders in Innenstadtnähe
 - Ausbau des vegetarischen, veganen, ökologischen und fair gehandelten Angebots
 - Eindeutige Kennzeichnung der Speisen und Getränke
 - Bezahlbare Preise für alle Studierende
 - Umsetzung nachhaltiger Konzepte bei Verpackungsmitteln

- **Für mehr Hochschulsport**
 - Ausbau der Hochschulsportplätze
 - Gerechtes Anmeldeverfahren über einen längeren Zeitraum

- **Für eine Umbenennung der Hochschule**
 - Umbenennung der Universität unter Verwendung eines Namens, der für eine weltoffene, tolerante und soziale Hochschule steht

- **Gegen das Verbindungswesen**
 - Konsequentes Vorgehen gegen reaktionäres Gedankengut in Burschenschaften und Verbindungen
 - Nicht-Anerkennung der Burschenschaften als offizielle Hochschulgruppen

- **Zusammenhalten gegen den Rechtsruck**
 - Ausbau und Stärkung demokratischer Strukturen an der Hochschule
 - Schulterschluss mit anderen demokratischen Kräften für eine gemeinsame Stimme gegen rechtes Gedankengut
 - Gestaltung der Hochschule als weltoffenen und toleranten Raum

- **Für eine ökologische Hochschule**
 - Überprüfung jedes Tierversuchs auf unbedingte Notwendigkeit
 - Verantwortungsvoller Umgang mit Energie durch Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und individuelle Nebenkostenabrechnungen in Wohnheimen

- **Für eine gerechte Hochschulzulassung**
 - Bedarfsdeckender Ausbau der Studienplätze
 - Kurzfristig: Hochschulzugang nicht nur durch Abitur ermöglichen
 - Langfristig: Hochschulzugang für alle ohne Zugangshürden

- **Für die Zivilklausel**
 - Keine militärische Forschung an unserer Hochschule
 - Einhaltung der Zivilklausel kritisch begleiten und Verstöße öffentlich machen

- **Für eine gute Vernetzung mit anderen Studierendenschaften**
 - Zusammenarbeit mit ASten in NRW und der BRD

III. Gute Studienbedingungen

1. Für ein gerechtes BAföG

Ein Studium kann nur erfolgreich sein, wenn sich die Studierenden nicht ständig um dessen Finanzierung sorgen müssen. Deshalb fordern wir eine Reform des BAföG.

Seit über 40 Jahren ist das BAföG das zentrale staatliche Instrument, um möglichst vielen jungen Menschen finanziell ein Studium zu ermöglichen.

Es ist in den letzten Jahren verpasst worden, das Bafög der Realität anzupassen und es zu verbessern. Die schwarz-gelbe Regierung unter Angela Merkel hat zwischen 2009 und 2013 auf eine einseitige Elitenförderung gesetzt, die sich in der Einführung des Deutschland-Stipendiums und der unverhältnismäßigen Erhöhung des Büchergeldes für die Stipendiat*innen der Förderwerke geäußert hat. Wir lehnen jede Form von Selektion ab. Es kann nicht sein, dass der Studienerfolg in der Bundesrepublik überdurchschnittlich vom Elternhaus der Studierenden abhängt. Und auch die Entscheidung für oder gegen ein Studium darf nicht durch den Willen oder die Fähigkeit der Eltern determiniert sein, ein solches zu finanzieren. Das BAföG ist keine Sozialleistung, die sich an der familiären Bedarfsgemeinschaft orientieren sollte.

Auch die 25. BAföG-Novelle der Großen Koalition aus dem letzten Jahr kam unserer Ansicht nach nicht nur viel zu spät, sondern ist auch keine substantielle Anpassung des BAföG an die Lebensrealität. Die Erhöhung der Bedarfssätze und der Freibeträge um sieben Prozent zum Wintersemester 2016/17 gleicht nicht einmal die Preisniveauentwicklung seit der letzten Reform von 2010 aus. Aktuell müssen deshalb auch viele junge Menschen, die aus einem mittelständischen Haushalt kommen, erleben, dass sie nach den Bestimmungen des BAföG nicht förderungsbedürftig sind. So wird ihnen unter Umständen der Weg in ein Studium verwehrt, da das Einkommen der Eltern über der Fördergrenze liegt, aber nicht ausreicht, um den Kindern selbst ein Studium zu finanzieren.

Deshalb fordern wir als Juso-Hochschulgruppe, dass die Fördergrenzen des BAföG deutlich nach oben verschoben werden. Wir wollen uns dafür stark machen, dass Studierende nicht in die Zwangslage kommen, einen zeit- und kraftaufwändigen Nebenjob ausüben zu müssen. Denn dieser wirkt sich oft negativ auf den Studienerfolg aus.

Ein selbstbestimmtes Leben soll unserer Meinung nach allen Studierenden möglich sein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das BAföG elternunabhängig wird. Das Ziel unseres Engagements ist ein mehrjähriges Bildungsgehalt für alle Menschen. Auch fordern wir die Wiedereinführung des Vollzuschusses, damit niemand mehr Angst haben muss, sich durch die Inanspruchnahme des BAföG zu verschulden. Wir wollen erreichen, dass die Altersgrenzen in der Förderung abgeschafft werden, um die Idee des lebenslangen Lernens zu verwirklichen. Auch wer sich entscheidet, zwischen Bachelor und Master eine Phase der Berufstätigkeit einzulegen, muss ein Recht auf Förderung haben.

Auch hier in Münster muss einiges am System des BAföG reformiert werden: Die Anträge der Studierenden müssen möglichst schnell bearbeitet werden.

Weiterhin ist es für viele Antragsteller*Innen ein großes Problem, das Geld für die finanziellen Verpflichtungen wie Mietzahlungen oder den Semesterbeitrag aufzutreiben, wenn das BAföG erst mit einigen Wochen oder sogar Monaten Verspätung ankommt. Damit die Unterstützung schneller ausgezahlt werden kann, unterstützt die Juso-Hochschulgruppe Münster sowohl den AStA als auch das Studierendenwerk bei ihrem Engagement für eine bessere finanzielle Ausstattung der BAföG- Ämter und einer Vereinfachung der Antragstellung. werden kann. Deshalb muss die Antragstellung in Zukunft auch online möglich sein. Der Druck auf die mittlerweile allein zuständige Bundesregierung muss weiterhin aufrechterhalten werden. Wir sind bereit, uns weiter aktiv in diese Auseinandersetzung im AStA und im Verwaltungsrat des Studierendenwerkes einzubringen, um eine Verbesserung der Situation der Studierenden zu erreichen. Wir fordern, dass BAföG-Zahlungen in Zukunft zu Beginn eines Semesters auch rückwirkend möglich sind. Vielen Studierenden ist es aus vielerlei Gründen nicht möglich, einen BAföG-Antrag zu Beginn des Semesters zu stellen – wir wollen ihnen trotzdem eine volle Zahlung des BAföG ermöglichen!

2. Für bezahlbaren Wohnraum

Die Wohnraumssituation für Studierende in Münster ist äußerst prekär. Die sozialverträglichen Angebote des Studierendenwerks sind mit 5.600 Zimmern bei weitem nicht ausreichend für 50.000 Studierende. Die Stadt Münster hat seit den 80er-Jahren stetig sozialen Wohnraum verringert, sodass heute statt 20.000 Wohnungen zu sozialverträglichen Mietpreisen nur noch 7.000 Wohnungen dieser Art bestehen. Diese Situation ist nicht länger tragbar, gerade für finanziell benachteiligte oder internationale Studierende, ebenso wie für Geflüchtete und Angehörige soziolebensschwacher Gesellschaftsschichten. Wir streben deswegen einen Ausbau studentischen und sozialen Wohnraums von Seiten der Stadt an. Außerdem fordern wir einen stark erhöhten Ausbau der Wohnheime des Studierendenwerks. Die Maximal-Miete der Zimmer im Wohnheim sollte sich an der BAföG-Wohnpauschale von 250 Euro orientieren. Hierfür ist eine Ausfinanzierung des Studierendenwerks dringend von Nöten. Die Juso-Hochschulgruppen fordern bereits seit Jahren ein Bund-Länder-Programm zum Ausbau von Wohnheimplätzen, ähnlich dem Hochschulpakt, um dieses Ziel zu erreichen. Eine weitere wichtige Forderung ist eine Wohnheimplatzgarantie für alle internationalen Studierenden, da diese es auf dem freien Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Diese Ziele wollen wir durch unsere Arbeit im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) erreichen. Hierfür halten wir eine kritische Zusammenarbeit sowohl mit der Stadt, der Universität, dem Studierendenwerk als auch dem Land NRW für äußerst sinnvoll. Außerdem wollen wir weiterhin unsere Forderungen durch öffentlichkeitswirksame Aktionen an die Verantwortlichen herantragen.

Um die Wohnraumssituation in Münster zu verbessern haben wir auch bereits einiges erreicht. Im Arbeitskreis "Studentische Wohnraumsversorgung" ist so zum Beispiel 2012 die Wohnraumkampagne „Studierzimmer Münster“ in Zusammenarbeit mit der Stadt Münster,

den Hochschulen, dem Studierendenwerk und dem AStA der Fachhochschule entstanden. Diese hat mit Aktionen wie dem „Schauraum-Wohnen“, einem Schlaf-Flashmob auf dem Prinzipalmarkt und „Deine Couch für Erstis“ eine große öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema erzeugt und auch zu vielen erfolgreichen Vermittlungen von Studierenden an Privatpersonen mit freiem Wohnraum geführt. Sofort messbar war der erhebliche Anstieg der Vermittlungen über das studentische Portal dasbrett.ms. Die Kampagnen „Studierzimmer Münster“ und „Deine Couch für Erstis“ wurden zudem auch in den Folgejahren fortgeführt und öffentlichkeitswirksam beworben. Die Juso-Hochschulgruppe hat im AStA federführend daran mitgearbeitet.

Die Quote der Studierenden, die hier zu bezahlbaren Konditionen wohnen können, sinkt trotzdem stetig. Daher hat unser AStA gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke und elf weiteren ASten in NRW einen offenen Brief an die Landesregierung verfasst, um auf die katastrophale Wohnsituation in vielen Hochschulstädten aufmerksam zu machen und neue Investitionen für die Sanierung und den Neubau von Wohnheimplätzen zu fordern. Verstärkt wurde diese Forderung durch das von unserem AStA und dem AStA der FH organisierte Protest-Camp vor dem Schloss für die Ausfinanzierung der Studierendenwerke im Oktober des letzten Jahres.

Die Aktionen haben bereits Früchte getragen, so bewilligte das Land NRW im vergangenen Jahr 18 Millionen Euro für die Renovierung der Wohnheime in Heek- und Gescherweg. Konsequenz dieser Renovierungen darf es aber nicht sein, dass die Mieten unverhältnismäßig in die Höhe schießen. Solange die Bafög-Wohnpauschale nur 250€ beträgt, müssen die Mieten des Studierendenwerks sich wie gesagt daran orientieren!

Weiterhin bleibt also viel zu tun, denn Studierendenwohnheime sowie sozialer Wohnraum sind dringend erforderliche Einrichtungen, da sie es aufgrund günstiger Mietpreise gerade finanziell schwächeren Studierenden ermöglichen, in der Stadt ihrer Wahl zu studieren. Hierbei müssen preisgünstige Mieten sowie eine soziale Durchmischung der Stadtteile an erster Stelle stehen! Wir hoffen vor allem, dass auch eine neue Landesregierung die Mittel verstetigt.

3. Für studienfreundliche Prüfungsbedingungen

Studierende an der Hochschule sollen in Vorlesungen, Seminaren, Praktika, Arbeitsgemeinschaften, Tutorien und nicht zuletzt auch im Selbststudium das Wissen erlangen, mit dem sie später – gut vorbereitet und bestens qualifiziert – einen Beruf ausüben werden.

Bevor es so weit ist und sie ihren Abschluss verliehen bekommen, wird von ihnen allerdings das Erbringen diverser Prüfungsleistungen verlangt, um ihre Kenntnisse nachzuweisen. Prüfungen sind also ein notwendiger Bestandteil des Studiums und sollten daher so unkompliziert wie möglich sein, damit eben nicht für die Uni gelernt werden muss, sondern für das Leben studiert werden kann!

Leider gibt es an der Uni Münster in diesem Bereich noch erhebliche Defizite. Das beginnt schon beim Anmeldeverfahren: Für viele Studierende sind Probleme bei der Online-Anmeldung zu Klausuren und Prüfungen trauriger Alltag.

Viele Studiengänge haben eigene Plattformen und Seiten, welche meist unübersichtlich aufgebaut sind. Besonders für Erstsemester und Studierende in fachübergreifenden Studiengängen ist das besonders verwirrend.

Auch die Anmeldefristen sind unbefriedigend geregelt und oft enden sie schon Monate vor dem Prüfungstermin. Probleme, Pannen, bürokratischer Mehraufwand, Stress und mitunter sogar unnötig verlängerte Studienzeiten wegen fehlgeschlagener Prüfungsanmeldungen sind die Folge. Studierende, die auf BAFÖG angewiesen sind, trifft das besonders hart.

Das aktuelle QISPOS-System, das von einer Mehrheit der Fachbereiche verwendet wird, läuft bald aus. Die Universität bereitet gerade in einem mehrjährigen Projekt das neue Campus Management System (CMS) vor. Damit soll in Zukunft zentral der Großteil des Uni-Alltags in fast allen Fakultäten verwaltet werden – von der Matrikel über Gebäude bis zur Prüfung. Diesen Prozess müssen wir Studierende kritisch begleiten und sicherstellen, dass das fertige System unseren Bedürfnissen entspricht. Die Fristen zur An- und Abmeldung sollen dabei deutlich verlängert werden, indem sie abhängig vom Prüfungs- beziehungsweise Abgabetermin der Prüfungsleistung gemacht werden.

Außerdem fordert die Juso-HSG, dass zu jeder Klausur ein schneller Nachschreibetermin angeboten wird, sodass niemand wegen einer Krankheit Monate auf einen neuen Termin warten muss. Selbstverständlich muss das neue Prüfungsverwaltungssystem technisch fehlerfrei sein, sodass es nicht wie zu Anfang von QISPOS zu unmöglichen Anmeldungen oder sogar selbstständigen Abmeldungen kommt.

Des Weiteren setzen wir uns für den Wegfall der Amtsarztspflicht bei kurzfristigen Prüfungsabmeldungen wegen Krankheit ein, welche es noch in einigen Prüfungsordnungen gibt. Hier das Attest eines Amtsarztes zu verlangen ist in unseren Augen unnötige Schikane, ein gewöhnliches Attest des Hausarztes muss hier ausreichen.

Ferner halten wir es nicht für angebracht, dass Studierende direkt aus der Vorlesungen in die Prüfung geschickt werden, nachdem sie bis zum letzten Moment mit klausurrelevanten Inhalten bombardiert wurden. Auch die ersten Klausuren des Semesters erfordern eine angemessene Vorbereitungszeit.

Wir fordern daher eine vorlesungsfreie Vorbereitungswoche an allen Fakultäten, komplett frei von allen Veranstaltungen des regulären Curriculums vor dem ersten Klausurtermin! Das Institut für Politikwissenschaft z.B. ist hier mit gutem Beispiel voran gegangen, indem es eine von den Studierenden sehr geschätzte freie Woche eingeführt hat und so die Praktikabilität dieser Regelung beweist.

Überdies darf die Klausurenphase auch nach ihrem Beginn kein Grund von Dauerstress sein. Eine Woche bietet fünf Werktage, an denen Klausuren geschrieben und Prüfungen abgehalten werden können. Wir finden, das genügt. Wir fordern daher den prüfungsfreien Samstag! Zwei freie Tage die Woche sind nicht umsonst in Schule, Hochschule und Beruf Standard und nötig, um Lebensqualität und Leistungsfähigkeit zu sichern. Gerade die belastende Prüfungsphase sollte da keine Ausnahme machen.

4. Gegen Anwesenheitspflichten

Natürlich gehört ein regelmäßiger Besuch der Lehrveranstaltungen zum Studium und ist ein wichtiger Bestandteil des universitären Lebens und Lernens. Aber: eine formelle Prüfung der Anwesenheit wird diesem Anspruch nicht gerecht. Viele Studierende arbeiten nach dem Verpassen einer Lehrveranstaltung den Stoff auf, sodass sie auf demselben Wissensstand sind wie ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen.

Im Umkehrschluss kennen wahrscheinlich alle die Einstellung, ein Seminar „abzusitzen“. Ähnlich wie in der Schule: Ins eine Ohr rein, aus dem anderen wieder raus! Dabei sollte selbstbestimmtes Lernen gerade der Anspruch einer Hochschule sein.

Mit dem zum 1. Oktober 2014 in Kraft getretenen Hochschulzukunftsgesetz wurde die Anwesenheitspflicht, bis auf wenige Ausnahmefälle, verboten. Insbesondere kann nur noch in wenigen Seminaren Anwesenheit verlangt werden.

Soweit die Theorie; in der Praxis werden selbst in Vorlesungen noch Anwesenheitslisten geführt oder Dozierende entscheiden nach ihrem Gutdünken, eine Anwesenheitspflicht zu verhängen. In einigen Fällen werden nach der Prüfungsordnung nicht einmal ärztliche Atteste akzeptiert und Betroffene sind auf die Kulanz der Lehrperson angewiesen. Diese Regelungen diskriminieren insbesondere Studierende mit Beeinträchtigungen oder chronischen Krankheiten und Studierende mit Kind. Wir fordern daher eine konsequente Umsetzung der rechtlichen Regelungen und langfristig die Abschaffung aller Formen von Anwesenheitspflichten.

Der AStA hat eine wichtige Initiative ergriffen, mit dem „Anwesenheitsmelder“ die reale Situation zu erfassen. Dabei wurden innerhalb kürzester Zeit über 170 verschiedene Fälle von Anwesenheitspflichten gemeldet; von „Einzelfällen“ kann also keine Rede sein. Daran muss sich nun aber ein Diskurs zwischen Studierenden, Lehrenden und der Leitung der Hochschule anschließen. In diesem wollen wir durchsetzen, dass die Anwesenheitspflicht auf einige wenige Fälle anhand von qualitativen und quantitativen Kriterien eingeschränkt wird. Insbesondere ist uns wichtig, dass für alle Studierenden Rechtsklarheit besteht und sie in Fällen persönlicher Belastung (zum Beispiel Krankheiten oder familiären Verpflichtungen) nicht nur auf die Kulanz der Lehrpersonen hoffen können. Darüber hinaus müssen kurzfristig Ausnahmeregelungen für Studierende mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen Erkrankungen, sowie für Studierende mit außeruniversitären Verpflichtungen geschaffen werden.

5. Für eine Masterplatzgarantie

Für viele Studienrichtungen ist ein Master-Abschluss Voraussetzung für die Zulassung im späteren Beruf. So zum Beispiel beim Lehramtsstudium. Doch nicht nur in Fächern wie dem Lehramt oder Psychologie halten wir die Möglichkeit eines Master-Platzes für erforderlich. Unabhängig von den späteren Berufsanforderungen gilt für uns: Jede*r, die*der einen Master machen

möchte, muss die Möglichkeit dazu haben. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass sich das Recht auf einen Studienplatz unmittelbar aus dem Grundrecht auf Berufsfreiheit des Artikels 12 des Grundgesetzes ergibt. Das gilt für alle Arten des Studiums und vom Bachelor bis zum Master.

Gleichzeitig fordern wir aber eine Aufwertung des Bachelor-Abschlusses. Wir erleben es noch viel zu häufig, dass der Bachelor nicht ausreichend als berufsqualifizierender Abschluss anerkannt wird. Dies verwundert nicht, wenn selbst die staatliche Verwaltung den Bachelor als Qualifikation für den höheren Dienst als nicht ausreichend befindet. Der Staat muss hier Vorreiter bei der gesellschaftlichen Aufwertung des Bachelor-Abschlusses sein.

Beim Recht auf einen Studienplatz soll es aber nicht darum gehen, wie wir den Mangel an diesen am fairsten verteilen. Stattdessen müssen langfristig genügend Master-Plätze geschaffen werden, sodass jede*r die Möglichkeit hat, den von ihr*ihm gewollten Masterstudiengang zu absolvieren. Außerdem muss die Abschottung der Hochschulen beim Übergang zum Master beendet werden. Wir möchten nicht, dass die Universität ihre eigenen Bachelor-Absolvent*innen gegenüber denen von anderen Hochschulen bevorzugt. Bestimmte Kurse oder Module als Voraussetzung zur Zulassung zum Master müssen abgeschafft werden und dürfen nicht länger Hindernisse für den Wechsel zwischen verschiedenen Hochschulen sein.

Wir setzen uns auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass die Universität Münster ihre Kapazitäten an Master-Plätzen aufstockt und das Land NRW finanzielle Unterstützung hierfür frei macht. Wir haben ein Auge auf die Restriktionen bei der Zulassung zum Master und setzen uns für ihre Abschaffung ein.

Insgesamt muss es neben der Schaffung neuer Master-Plätze ein primäres Ziel bleiben, allen Studierenden einen Anspruch auf einen Master-Platz zu garantieren. Dies geht nur über einen Rechtsanspruch auf einen Master-Platz!

6. Für den Ausbau des Kultursemestertickets

Das Kultursemesterticket stellt seit seiner Einführung vor zwei Jahren die Voraussetzung, dass allen Studierenden kostengünstiger Zugang zu Kultureinrichtungen ermöglicht wird. Durch das Ticket erhalten Studierende kostenlosen Eintritt oder Rabatte in verschiedenen Kultureinrichtungen in Münster, wie dem Stadttheater, dem Westfälischen Kunstverein oder dem Wolfgang Borchert Theater.

Die Ticketverkäufe des Theaters sind beispielsweise seit Einführung des Tickets auf das sechsfache angestiegen. Dies zeigt, dass das Ticket von Studierenden gut angenommen wird. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Studierenden auch weiterhin an der Kultur in unserer Stadt teilhaben können und nicht aus finanziellen Gründen davon ausgeschlossen werden. Bestehende Kooperationen sollen erhalten bleiben und weitere Kultureinrichtungen in das Kultursemesterticket integriert werden.

7. Für Verbesserungen in der Lehre

Eine gute Lehre ist die wichtigste Grundlage für ein erfolgreiches Studium, wird aber in der Hochschule leider häufig vernachlässigt. Dabei ist offensichtlich, dass sich gute Professor*innen nicht nur durch ihre Forschungsergebnisse auszeichnen, sondern auch dadurch, wie sie diese an die Studierenden vermitteln.

Zentral ist für eine Verbesserung der Lehre, dass die Hochschulen genügend Professor*innen und wissenschaftliches Personal zur Verfügung haben, um die Studierenden möglichst individuell zu betreuen.

Zu unserer Forderung nach guter Lehre gehört immer auch die Forderung nach guter Arbeit an der Hochschule. Diese stellt eben für viele Menschen nicht nur einen Ort zum Lernen sondern auch zum Arbeiten dar. Gerade an den Hochschulen und in der Wissenschaft gibt es häufig äußerst prekäre Beschäftigungsverhältnisse, etwa durch Befristungen oder mangelnde sozialrechtliche Standards. Diese Ungerechtigkeiten müssen weiter angegangen werden. Wir fordern daher eine Hochschule, an der alle Mitarbeiter*innen wertgeschätzt werden und an der gute Beschäftigungsbedingungen herrschen. Gleichzeitig ist gute und kritische Lehre sowie Forschung nicht möglich, wenn die Situation von Lehrenden und Beschäftigten prekär ist.

Das Lehrpersonal muss sich außerdem kontinuierlich didaktisch weiterbilden, damit neue Lehrmethoden auch in der Praxis umgesetzt werden können. Solche Fortbildungen sollen für Dozierende verpflichtend sein. Hierfür muss die Hochschule jedoch auch ausreichend Angebote bereitstellen.

Besonders das Internet bietet die Möglichkeit, das klassische Lehrangebot gewinnbringend zu erweitern. Der größte Vorteil besteht neben der möglichen Integration verschiedenster Medien in der großen Selbstständigkeit, die Studierenden mit E-Learning geboten werden kann. So können sie selbst entscheiden, wann, wo und in welcher Reihenfolge und Intensität sie sich die Inhalte aneignen. Insbesondere Kommiliton*innen mit Kindern, mit Erwerbstätigkeit oder mit einer Beeinträchtigung wird so ihr Studium erleichtert.

Außerdem können durch E-Learning unterschiedliche Vorkenntnisse relativ leicht berücksichtigt werden. Dafür ist es wichtig, dass die Materialien und Inhalte zu jeder Lehrveranstaltung online einsehbar gemacht werden.

Aus diesen Gründen muss es eine Vereinheitlichung der E-Learning-Plattformen für alle Fachbereiche geben, um ein besseres Angebot zu schaffen und die bereits vorhandenen Angebote effektiver nutzbar zu machen. Ausdrücklich begrüßen wir daher die Einführung des Campus Management Systems. Außerdem müssen sich Online-Vorlesungen, die an anderen Hochschulen bereits üblich sind, an der Uni Münster auch flächendeckend etablieren. Dafür ist es auf der einen Seite notwendig, dass das vorhandene Angebot ausgebaut wird. Das kann am besten durch ein an der Uni institutionell fest verankertes E-Learning-Zentrum umgesetzt werden. Auf der anderen Seite muss das zuständige Personal erweitert werden. Denn nur so ist eine bessere Betreuung der Studierenden und

Dozierenden in Frage des E-Learnings zu erreichen. Dazu gehört neben der technischen Unterstützung von Dozierenden auch die didaktische Begleitung ihrer Online- Vorlesungen.

Ebenfalls von großer Bedeutung ist der Dialog zwischen Studierenden und Lehrenden. Zu erreichen ist er mit der von uns geforderten verbesserten Lehrevaluation. Eine Evaluation von Lehrveranstaltungen findet zwar schon an vielen Stellen statt, jedoch oftmals ohne die gebotene Transparenz und ohne positive Auswirkungen. In allen Veranstaltungen müssen grundsätzlich Evaluationen durchgeführt werden, deren Ergebnisse öffentlich bekannt gemacht werden. Diese Rückmeldung bringt für alle Seiten nur Vorteile mit sich: Die Dozent*innen werden auf Verbesserungsmöglichkeiten hingewiesen und die nachfolgenden Studierenden kommen in den Genuss einer verbesserten Lehre.

8. Für mehr Plätze in den Bibliotheken

Bibliotheken sind im Studium unersetzlich. Sie bieten nicht nur einen wichtigen Vorrat an Literatur, den jede*r Studierende spätestens zur Recherche für Haus- und Seminararbeiten braucht, sondern sind auch als Lernorte für das Studium essenziell. Dass es sinnvoll ist, die Bibliothek als Arbeitsplatz zu nutzen, ist lernwissenschaftlich erwiesen. Das oftmals viel zu klein geratene WG-Zimmer bietet dagegen keine effektive Lernatmosphäre. Gerade aufgrund der immer noch prekären Finanzlage der Universität und trotz der starken Abiturjahrgänge in den letzten Jahren in NRW wurde das Bibliotheksangebot an der WWU nicht ausreichend ausgebaut.

Die Rechnung ist einfach: immer mehr Studierende auf die gleiche bzw. eine kleinere Anzahl von Arbeitsplätzen – zwangsläufig führt dies zu einer Knappheit. Diese wird für die Studierenden gerade in den Klausurenphasen deutlich spürbar und verhindert die Möglichkeit einer entspannten Prüfungsvorbereitung. Für uns ist das nicht hinnehmbar. Jede*r Studierende muss die Möglichkeit haben, in einer angenehmen Atmosphäre zu lernen.

Deshalb fordern wir als Juso-Hochschulgruppe einen Ausbau der Arbeitsplätze in der ULB und in den Zweigbibliotheken sowie eine Ausweitung der Öffnungszeiten in Zweig- und Institutsbibliotheken. Ebenfalls setzen wir uns für eine Erhöhung der Anzahl an Gruppenarbeitsplätzen in den Bibliotheken und Lehrgebäuden ein, um gemeinschaftliches Lernen und Arbeiten besser zu ermöglichen. Hier soll auch bewusst die Möglichkeit zur Einrichtung von zusätzlichen Arbeitsplätzen geprüft werden. Da dies allein den Bedarf an Arbeitsplätzen nicht stillen wird, sollen auch die Mensen außerhalb der Essensausgabezeiten als Lernraum zur Verfügung gestellt werden.

Bei alledem sollen solche Lösungen gewählt werden, die kurzfristig und bezahlbar zusätzliche Lernplätze schaffen. Parallel dazu müssen langfristige Konzepte verfolgt werden, um die Bibliothekssituation in Münster zu entschärfen.

9. Für die Erweiterung der StudiCard

Bis zum Ende des Wintersemesters mussten die Studierende der Uni Münster mit mindestens drei verschiedene Karten im Portemonnaie hantieren, um ihren Studienalltag zu bestreiten: Studierendenausweis (inklusive Bibliotheksnutzung), Semesterticket und Mensacard. Das war äußerst unpraktisch und Geldbörsen sind meist auch ohnehin schon mit einem Stapel an Krankenkassen-, Bank- und anderen Ausweiskarten gut gefüllt. Außerdem lässt auch die Qualität zu wünschen übrig: Das Semesterticket z.B. ist aus empfindlichem Papier, darf nicht laminiert und muss jedes Semester neu verschickt werden.

Damit soll Schluss sein! Durch beständigen Druck durch uns im AStA konnte die Einführung einer **MultiCard** erreicht werden, die Mensacard und Studierendenausweis miteinander verbindet. Ebenso konnten wir mit der Deutschen Bahn die Online-Funktion des Semestertickets aushandeln.

Wir sehen dennoch weiteres Potenzial. Wir fordern eine allumfassende **StudiCard**, wie sie sich schon an vielen Hochschulen etabliert hat: Eine Karte für die ganze Uni! Auf dieser sollen alle Funktionen, die wir Studierende brauchen, zusammengefasst werden.

Zudem soll dieses Guthaben wahlweise auch **per Überweisung aufgestockt** werden können. Das Semesterticket müsste nach Eingang des Semesterbeitrags nicht erst versandt werden, sondern könnte einfach für ein weiteres Semester auf der StudiCard freigeschaltet werden. Das Problem mit empfindlichen, aber nicht laminierbaren Papiertickets entfiel so ebenfalls. Außerdem wäre es auch ökologisch sinnvoll, wenn nicht jedes Semester wieder über 40.000 Semestertickets gedruckt werden müssten.

Gleichzeitig muss der **Datenschutz höchste Priorität** haben! Es ist uns wichtig, dass die persönlichen Daten der Studierenden bestmöglich geschützt werden. Niemand darf Informationen über gefahrene Strecken oder ausgeliehene Bücher einfach so auslesen können. Diesen Datenschutz konnten wir in den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn sicherstellen. Er hat dennoch obersten Stellenwert bei Erweiterungen der Karte um genannte Funktionen.

Die Vorzüge einer StudiCard sind vielfältig und damit noch längst nicht erschöpft. Aus diesem Grund wollen wir uns weiter im Studierendenparlament im AStA und auch im Senat für eine StudiCard mit einer hohen Datensicherheit einsetzen.

10. Für bessere Mensen

Endlich beginnen Änderungen beim Verpflegungsangebot des Studierendenwerks. Beispielsweise ist die Einführung eines vollständigen veganen Menüs auch in der Mensa am Aasee ein wichtiger Schritt. Aber in der Zukunft werden weitere einschneidende Änderungen in den Mensen und Bistros in Münster kommen. Insbesondere ist hier die Umstellung des Essensangebots in den vielen dezentralen Bistros in der Hochschule zu nennen. Bisher wurden dort mittags in der Regel auch Warmspeisen ausgegeben. Obwohl viele der Bistros sogar überfüllt sind, besteht die Gefahr, dass in einigen Bistros die Warmspeisenausgabe eingestellt wird. Grund für eine mögliche Einstellung sind vor allem bauliche Gründe. Die Räume der Bistros werden von der Universität an das Studierendenwerk vermietet. Hier ist die Universität in der Pflicht, dem Studierendenwerk geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und die vorhandenen Räumlichkeiten in einem gut nutzbaren Zustand zu halten.

Langfristig gibt es aber nur eine Lösung für die Entlastung der häufig völlig überfüllten Bistros im Bereich der Innenstadt: der Neubau einer zentralen Mensa. Die vielen Studierenden in der Innenstadt müssen endlich einen qualitativen und quantitativen nahen Zugang zu einer warmen Mahlzeit bekommen. Die bisherigen Angebote des Studierendenwerks in diesem Bereich, wie die Mensa im Bispinghof oder die Bistros KaBu und Oeconomicum sind völlig überlaufen und bieten auch kein reichhaltiges Angebot für alle Studierenden. Dabei findet fast die Hälfte der Lehrveranstaltungen in diesem Einzugsbereich statt. Auch hier ist die Hochschule in der Pflicht, die Flächen und baulichen Bedingungen für eine Zentralmensa zur Verfügung zu stellen.

In alle diese Überlegungen sind die verschiedenen und sich immer deutlicher differenzierenden Bedürfnisse aller Studierenden zu berücksichtigen. Ein Schwerpunkt muss hier auf einem weiteren Ausbau des Angebots von vegetarischen und veganen Speisen liegen. Auch die verstärkte Nutzung von regionalen, saisonalen und fair gehandelten Lebensmitteln und die Berücksichtigung von Aspekten des Tierwohls möchten wir vorantreiben. Mindestanforderung muss in jedem Fall die transparente Kennzeichnung der Speisen sein. Hierunter fallen sowohl enthaltene Allergene als auch Hinweise bezüglich spezieller Ernährungsweisen (koscher, vegan, halal, etc.).

Den Erhalt eines flächendeckenden reichhaltigen Angebots an Verpflegung und Warmspeisen fordern wir auch unter dem Gesichtspunkt der Verfügbarkeit von angemessener Verpflegung für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Auch hier sind das Studierendenwerk und die Universität in der Pflicht die räumlichen Gegebenheiten in den Mensen und Bistros barrierefrei zu gestalten.

Auch Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit in den Mensen der Hochschule liegen uns am Herzen. So ist zum Beispiel eines der meistverkauften Produkte in universitären Cafés, Bistros und Mensen der Kaffee. Bisher wird dieser grundsätzlich in Wegwerfbechern ausgeschenkt und verkauft. Wegwerfbecher sind jedoch ein riesiges Müllproblem in

Deutschland. Drei Milliarden dieser Becher werden im Jahr verbraucht. Insgesamt entstehen so laut der Deutschen Umwelthilfe 40.000 Tonnen Müll und 110.000 Tonnen an CO₂-Emissionen. Hier muss gegengesteuert werden. Wir setzen uns dafür ein, nachhaltigere Konzepte zu entwickeln und sich von Best Practice Beispielen anderer Hochschulen inspirieren zu lassen. Eine Möglichkeit wären Refill-Becher.

Diese würden nur einen geringen Geldbetrag kosten und könnten anschließend in einem der Cafés wieder aufgefüllt oder zurückgegeben werden. Bei der Rückgabe gäbe es für die Studierenden dann das Pfand zurück. Der Vorteil hierbei wäre zudem auch, dass der Kaffee günstiger angeboten werden könnte. Bei diesen Veränderungen muss jedoch klar sein, dass der Auftrag des Studierendenwerks zunächst ein sozialer ist. Dies schließt auch die faire Bezahlung und Behandlung der Mitarbeiter*innen des Studierendenwerks mit ein. Für uns ist klar: Die Preise für Verpflegung beim Studierendenwerk dürfen sich auch nicht im Rahmen einer möglichen Veränderung des Angebots erhöhen. Ebenso schließen wir eine nochmalige Erhöhung des Beitrags der Studierenden zum Studierendenwerk aus.

All diese Forderungen möchten wir im StuPa über den AStA und den Verwaltungsrat des Studierendenwerks erreichen.

11. Für mehr Hochschulsport

Zu Beginn jeden Semesters werden die Plätze für den Hochschulsport vergeben. Schon Tage vor der Freischaltung der Angebote drehen sich viele Gespräche nur um die Anmeldung und die Befürchtung, wieder mal aufgrund der Überfüllung keinen Kurs belegen zu können. Diese Sorge ist berechtigt. Denn was am Abend der Anmeldung folgt, ist eine unfaire Lotterie: Selbst wenn man punktgenau zum Anmeldebeginn auf den entsprechenden Button klickt, tut sich oft nichts. Verzweifelt wird die Website neu geladen, was meist auch nicht weiterhilft. Wehe dem, der vorhatte, sich sogar für zwei Kurse anzumelden. Schnell machen sich Frust, Ärger und Panik breit. Ein Teil der Studierenden kann sich am Ende dieses stressigen Abends glücklich schätzen: Sie haben einen der begehrten Plätze ergattert. Andere hatten nicht so viel Glück und gehen für dieses Semester leer aus.

Was auf den ersten Blick zum Hochschulalltag zu gehören scheint, ist ein unhaltbarer Zustand. Sport ist für viele von uns Studierenden als Ausgleich zwischen dem Besuch von Vorlesungen und dem Lernen in Bibliotheken oder am heimischen Schreibtisch sehr wichtig. Er fördert die Gesundheit und geistige Leistungsfähigkeit. Nicht zuletzt ist Sport ein wichtiger Bestandteil des studentischen Lebens bei dem sich Studierende fächerübergreifend austauschen können. Der Hochschulsport ist ein tolles Angebot für Studierende. Denn der sportliche Wettkampf im Team oder gegeneinander ist deutlich motivierender als das Drehen einsamer Runden um den Aasee oder das Stemmen von Gewichten im Fitnessstudio.

Deshalb fordern wir einen zielgerichteten Ausbau der Hochschulsport-Kapazitäten, insbesondere in den schnell ausgebuchten Sportarten. Alle Studierenden sollen einen Platz

möglichst in der von ihnen gewünschten Sportart bekommen. In Zusammenarbeit mit dem autonomen Sportreferat und der Verwaltung des Hochschulsports sollen hier Lösungsvorschläge erarbeitet und umgesetzt werden.

Ausdrücklich begrüßen wir die Schaffung einer Möglichkeit zur Abmeldung vom Kurs, ohne auf etwaigen Kosten sitzen zu bleiben, sollte das gewählte Kursangebot doch einmal nicht den Vorstellungen oder der Qualifizierung eines Teilnehmenden entsprechen. Gleichzeitig muss es eine flächendeckende Möglichkeit zur Evaluation z.B. von Trainingsbedingungen und Kursanforderungen geben.

Wir setzen uns zudem für eine Änderung des Anmeldeverfahrens ein. Momentan muss man Minuten vor Anmeldebeginn die entsprechende Seite aufrufen und dann permanent neu laden, um eine Chance auf einen der begehrten Plätze zu haben. Letztlich ist der Erfolg von einer schnellen Internetverbindung und vor allem vom Glück abhängig.

Ein längerer Anmeldezeitraum von beispielsweise einer Woche und die Möglichkeit zur Angabe mehrerer Wünsche würden die Vergabe entzerren und gerechter machen. Sollten am Ende immer noch mehrere Bewerber*innen auf einen Platz kommen, ist das Los die fairste Art der Entscheidung. Außerdem muss das Nachrück-Verfahren effizienter gestaltet werden, denn momentan bleiben viele Plätze frei, da die Studierenden, die sich angemeldet haben, doch nicht erscheinen.

Die Erstsemester sollen darüber hinaus besonders über das Hochschulsport-Angebot informiert werden, da sie momentan häufig erst davon erfahren, wenn alle Plätze schon vergeben sind. Beim Ausbau der Hochschulsportkapazitäten dürfen zwei Aspekte nicht außer Acht gelassen werden: Zum einen müssen die Preise für die Sportangebote auf einem für die Studierenden angemessenen Niveau bleiben. Zum anderen setzen wir uns auch für eine faire Vergütung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter der Hochschulsportangebote ein. Ein Ausbau der Kapazitäten darf nicht auf Kosten der Studierenden oder der Übungsleiter*innen erfolgen.

12. Für mehr Interdisziplinarität

Die Universität Münster hat ein breites Angebot von vielen Fachrichtungen, sowohl in den Natur-, als auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Schon jetzt gibt es auf dieser Basis viel interdisziplinäre Forschung, die Exzellenzcluster sind nur ein Beispiel dafür. Wir möchten, dass die Studierenden auch in der Lehre verstärkt von interdisziplinären Angeboten profitieren können.

Einige Studierende haben die Möglichkeit, durch die Allgemeinen Studien verschiedene fachfremde Bereiche kennenzulernen. Jedoch grenzen die Studienordnungen oft die Wahl der Studierenden ein. Ihnen wird vorgegeben, an welchen Veranstaltungen sie teilnehmen sollen. Darüber hinaus werden in den allgemeinen Studien häufig nur für den Arbeitsmarkt relevante Fertigkeiten vermittelt. Wir möchten, dass die Studierenden aus einem diversen

Angebot frei wählen können. Um die Interdisziplinarität an unserer Hochschule zu fördern, wurde vom AStA bereits mehrmals der Tag der Interdisziplinarität durchgeführt. Dozierende aus verschiedenen Fachbereichen hielten Vorträge zu bestimmten fachspezifischen Themen und erlaubten so den Studierenden, Eindrücke in ihnen unbekannte Thematiken zu gewinnen. Wir möchten weiterhin durch den Tag der Interdisziplinarität dem Thema Aufmerksamkeit schenken und dadurch unserer Forderung nach mehr Interdisziplinarität Ausdruck verleihen.

Wir fordern die Ausweitung der Allgemeinen Studien über den Zwei-Fach-Bachelor hinaus. Alle Studierenden müssen die Möglichkeit haben, fachfremde oder fächerübergreifende Veranstaltungen zu besuchen und sich diese auch anrechnen zu lassen. Dies sollte außerdem nicht auf Kurse in den Allgemeinen Studien beschränkt bleiben, sondern auf reguläre Fachveranstaltungen aller Fachbereiche erweitert werden. Unsinnige Restriktionen zur Studienzulassung müssen abgeschafft werden. So ist nicht einzusehen, warum es z.B. unmöglich ist, neben einem Zwei-Fach-Bachelor noch ein drittes Fach, wenigstens als Nebenfach, zu studieren. Darüber hinaus soll auch das Modell des Teamteachings eingeführt werden. Dabei lernen Studierende unterschiedlicher Studienfächer bestimmter Themen gemeinsam. Studierende müssen die Möglichkeit haben, während ihres Studiums auch mal über den eigenen Tellerrand blicken zu können. Nur so wird das Studium auch seinem emanzipatorischem Gedanken gerecht.

IV. Für eine soziale, gerechte und ökologische Hochschule

1. Refugees welcome – auch an der Hochschule

Wir setzen uns für eine bunte Hochschule ein, an der alle Menschen ihren Platz haben. Gerade auch Geflüchteten darf das Recht auf Bildung nicht vorenthalten bleiben. Momentan zeichnet sich leider jedoch ein anderes Bild ab. Geflüchtete können sich nicht am universitären Alltag beteiligen und können nicht mal als Gasthörer*innen Vorlesungen besuchen. Unserer Auffassung nach, gelingt Inklusion jedoch am besten über Bildung.

Kurzfristig wollen wir uns an der Universität Münster daher dafür einsetzen, dass sich Geflüchtete unbürokratisch und kostenlos als Gasthörer*innen registrieren können. Das Land Nordrhein-Westfalen überlässt den Hochschulen dabei freie Hand, ob sie Geflüchteten dies ermöglichen wollen. Die Uni Münster hat sich, anders als beispielsweise die Uni Bochum, bisher noch nicht dazu durchringen können.

Darüber hinaus benötigt es einen Ausbau von Deutschkursen, die auch den Geflüchteten kostenlos offen stehen müssen. Wir begrüßen die Stipendien, die die Universität hierfür vergibt. Wir fordern allerdings, dass der Besuch dieser universitären Deutschkurse nicht erst ab dem Sprachlevel B1 möglich ist. Stattdessen sollten Deutschkurse von Anfang an für Geflüchtete geöffnet sein. Um außerdem den Hochschulzugang zu erleichtern muss die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen deutlich vereinfacht werden und es müssen Hürden auf dem Weg zum Studium abgebaut werden.

Dies umfasst auch den Zugang zur staatlichen Studienfinanzierung. Vor kurzem wurde auf Bundesebene beschlossen, die Aufenthaltsdauer, die zum Erhalt von BAföG nötig ist, von 4 Jahren auf 15 Monate zu reduzieren. Damit sind wir noch nicht zufrieden und wollen unsere Einflussmöglichkeiten dahingehend nutzen, für eine vollständige Aufhebung einer Mindestaufenthaltsdauer zu werben.

2. Demokratisierung der Hochschulen

Mitbestimmung ist die Basis einer demokratischen Gesellschaft. Mitbestimmung darf sich jedoch nicht nur auf die demokratische Legitimation von Regierungen durch Wahlen beschränken. Demokratie muss in allen Strukturen unserer Gesellschaft stattfinden, damit sie wahrhaftig gelebt wird und auch als Gesellschaftsform nachhaltig erhalten bleibt.

Deswegen treten wir als Juso-Hochschulgruppe für den Erhalt und den Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte in allen Strukturen unserer Gesellschaft, insbesondere auch an den Hochschulen, ein. Die hochschulpolitische Realität zeigt uns jedoch einen anderen Politikstil, der in fünf Jahren schwarz-gelber Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden an ihrer Hochschule einschränkte, ein weiterer Grund, warum wir der Neuauflage dieser Regierung kritisch gegenüberstehen. Seit der Verabschiedung des Hochschulfreiheitsgesetzes im Oktober 2006 haben zunehmend unternehmerische Strukturen Einzug in die Hochschulen gehalten, in denen es an demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten massiv mangelt und die ausschließlich nach Kosten-Nutzen-Kalkül entscheiden. Mit dieser Denkweise tragen sie zu der ohnehin schon Überhand nehmenden Ökonomisierung der Bildung bei.

Ferner sitzen im Hochschulrat oft auch Wirtschaftsvertreter*innen, die diese wohl auch gezielt vorantreiben. Auch aus einer demokratischen Perspektive ist der Hochschulrat abzulehnen. Als Pendant zum Aufsichtsrat, wie es ihn in der freien Wirtschaft gibt, hat er weder eine demokratische Legitimation noch enthält er auch nur ein einziges studentisches Mitglied.

Auch das 2014 beschlossene Hochschulzukunftsgesetz des Landes NRW sieht hier keine Änderung vor –vielmehr wird dem Hochschulrat eine stärkere Rolle bei der Kontrolle der Wirtschaftsführung eingeräumt. Ebenso soll der Hochschulrat nun mehrheitlich mit externen Kräften besetzt werden, also eben jenen oben genannten Wirtschaftsvertreter*innen. Aus diesen Gründen ist der Hochschulrat unserer Meinung nach nicht das richtige Gremium, um die wichtigen Entscheidungen unserer Hochschule zu fällen. Der Hochschulrat muss generell abgeschafft werden, da er ein undemokratisches, intransparentes und somit illegitimes Gremium ist. Solange dies nicht geschieht, sollte aber auch versucht werden, auf anderen Wegen Einfluss auf dessen Entscheidungen zu nehmen und die Prozesse des Hochschulrates öffentlich zu machen. Die Kompetenzen, die derzeit dem Hochschulrat obliegen, müssen ausschließlich in den Händen eines demokratisch legitimierten und paritätisch besetzten Senats liegen.

Ein erster Schritt dabei, den die Universität selbst vornehmen kann, ist, allen Statusgruppen in den Kommissionen von Rektorat und Senat das gleiche Stimmgewicht zu geben. Dies wurde im Hochschulzukunftsgesetz zwar nun auch legislativ vorausgesetzt, jedoch gibt dieses Gesetz durch eine weit auslegbare Formulierung von Ausnahmeregelungen der Hochschule die Möglichkeit, viele Entscheidungen unter Ausschluss der studentischen Stimmen rein durch die Professor*innen beschließen zu lassen. So hat auch die Universität

Münster ihre neue Grundordnung ohne die Einführung der Viertelparität im Senat durchgesetzt.

Die Juso-Hochschulgruppe Münster setzt sich neben der stärkeren Repräsentation der Studierenden in den Gremien der Universität auch für eine starke, gut vernetzte und in ihrer Entscheidungsfreiheit unabhängige verfasste Studierendenschaft ein, denn es steht den Studierenden zu, ihre eigenen Belange in eigenverantwortlicher Weise zu regeln. Dies ist natürlich nur dann möglich, wenn die Hochschule den Studierenden auch Freiräume lässt, um an den demokratischen Prozessen innerhalb der verfassten Studierendenschaft mitwirken zu können. Sie muss das Engagement der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft viel stärker würdigen. Überfrachtete Studienpläne und Prüfungsordnungen sowie überfüllte Terminkalender dürfen kein unüberwindbares Hindernis sein, das interessierte und engagierte Studierende von der Wahrnehmung demokratischer Teilhabemöglichkeiten abhält. Nicht zuletzt fungieren die Organe der Verfassten Studierendenschaft– vor allem das Studierendenparlament und der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA)– als Sprachrohr studentischer Interessen gegenüber der Hochschulverwaltung, den Kommunen und anderen Institutionen unserer Gesellschaft. Wenn wir also mehr Raum für uns fordern, so ist damit auch Raum zur politischen Betätigung und Gestaltung gemeint.

3. Für mehr Gleichstellung und eine starke feministische Hochschule

Wir als Juso-Hochschulgruppe engagieren uns für die Gleichstellung aller Menschen in unserer Gesellschaft. Wir kämpfen gegen jegliche Art der Diskriminierung von Menschen. Die Ungleichbehandlung darf nicht nur ein Thema der benachteiligten Gruppe sein, sondern muss als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen werden. Es sollen für all diskriminierten Gruppen spezielle Ansprechpartner*innen an der Hochschule eingerichtet werden, die bei Problemen zur Seite stehen, Missstände offenlegen und Lösungsvorschläge machen. Hier können die autonomen Referate des AStA als Beispiel für die Universität dienen.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist längst noch nicht auf allen Ebenen der Hochschule durchgesetzt. Es gibt nach wie vor die Strukturen, die Frauen* und Männern unterschiedliche Rollen zuweisen und Frauen* strukturell diskriminieren.

Die Quote der Professorinnen liegt derzeit bei knapp 20 Prozent und bisherige Maßnahmen haben bei einer steigenden Anzahl von Lehrenden nicht zu einer signifikanten Steigerung dieser Quote beigetragen. Je weiter die wissenschaftliche Karriere voranschreitet, desto geringer wird der Anteil der Frauen. Dieselbe Ungleichheit ist auch in allen universitären Gremien und Kommissionen zu beobachten. Deshalb fordern wir eine verbindliche Frauenquote bei der Besetzung der Professuren an der Universität Münster, damit diese Strukturen endlich aufgebrochen werden.

Den Schlüssel zur Durchbrechung verkrusteter Strukturen und alteingesessener Männer*netzwerke sehen wir als feministische Hochschulgruppe darüber hinaus vor allem im Konzept des Empowerments. Frei nach dem Motto **Support your local Grrrrl Gang** geht es uns darum, eine Vernetzung von Frauen* sicherzustellen. Dies kann zum Beispiel in Form von Methodik-Angeboten zum Thema freies Reden und Auftreten vor einer Gruppe, Präsentation z.B. in Bewerbungsgesprächen oder Ähnlichem geschehen. Nur wenn Frauen* sich gegenseitig unterstützen und ermutigen wird es für mehr Frauen* leichter, selbstbewusst den Platz in der Gesellschaft einzunehmen, der ihnen zusteht.

Auch der Abbau von Angsträumen an der Hochschule, sowie die Schaffung von Schutzräumen, wo Frauen* sich über die Diskriminierungen, Sexismen oder Ängste derer sie sich im Alltag gegenüber gestellt sehen, austauschen können, ist uns als Bestandteil des Empowerment-Konzepts ein wichtiges Anliegen.

Um Diskriminierung aufgrund des Geschlechts entgegenzuwirken, muss der Sexismus an der gesamten Hochschule bekämpft werden. Dazu braucht es vor allem Sensibilisierung für Lehrende und Lernende und Anlaufstellen für Betroffene. In der Lehre haben Geschlechterstereotype und Sexismus nichts verloren!

Auch im Studierendenparlament wollen wir uns weiterhin für die Gleichstellung einsetzen um Gremien und Ausschüsse in Zukunft quotiert zu besetzen. In diesem Rahmen fordern wir auch eine quotierte Besetzung des AStA und einen quotierten AStA-Vorsitz.

4. Für eine inklusive und barrierefreie Hochschule

Zu einer Hochschule frei von Diskriminierung gehört auch die Barrierefreiheit sämtlicher Einrichtungen und Lehrveranstaltungen. Hier ist die Universitätsleitung in der Pflicht, endlich zu handeln. Als schlechtes Beispiel kann an dieser Stelle das AStA-Häuschen links vor dem Schloss dienen, das von der Uni trotz andauernder Aufforderungen der Studierendenvertretung und insbesondere auch des autonomen „Referates für Behinderte und chronisch Kranke“ bisher nicht für alle Studierenden zugänglich gemacht wurde. Wir werden diese und alle anderen Barrieren an unserer Hochschule aufdecken und uns für eine barrierefreie Hochschule in einer barrierefreien Gesellschaft einsetzen.

5. Umbenennung der Hochschule

Die Juso-Hochschulgruppe möchte sich weiterhin dafür einsetzen, die Westfälische Wilhelms- Universität Münster umzubenennen. Es wurde schon mehrmals erfolglos angestrebt den „Wilhelm“ aus dem Namen der Universität zu streichen, aber für uns bleibt es eine wichtige und erstrebenswerte Forderung.

Die über 100 Jahre alte Geschichte des Namens der Universität beginnt mit der Erhebung der ehemaligen theologischen und philosophischen Akademie in den Rang einer Universität durch Wilhelm II. Seitdem ziert der letzte deutsche Kaiser mit seinem „Wilhelm“ die

Briefköpfe der Universität Münster. Dieser Mann ist der Kopf zu einer Monarchie die mit dem ersten Weltkrieg, Kolonialpolitik, dem Genozid an den Hereros, Antisemitismus und Frauen- und Demokratiefeindlichkeit in die Geschichtsbücher Einzug gefunden hat. Eine solche Persönlichkeit ist ein denkbar schlechter Namenspatron für eine weltoffene, tolerante und demokratische Hochschule, so wie wir sie fordern.

Selbst wenn der Name „WWU“ als Marke Bekanntheitsgrad erlangt haben sollte, so kann dies nicht als Entschuldigung dafür dienen, an Kaiser Wilhelm als Namensgeber festzuhalten. Dieses unreflektierte Traditionsbewusstsein ist viel mehr Zeichen für mangelndes Geschichtsverständnis, was gerade eine Hochschule nicht zeigen sollte. Wir fordern daher als Symbol für eine unabhängige, freie und demokratische Hochschule die Umbenennung der Westfälischen Wilhelms-Universität.

6. Bessere Hochschulfinanzierung – gegen jede Form von Studiengebühren

Im Mai dieses Jahres hat Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag gewählt. Im Parlament ergab sich dabei eine Mehrheit für ein schwarz-gelbes Regierungsbündnis. Zumindest die FDP forderte im Wahlkampf die Wiedereinführung von Studiengebühren. Sollte es dazu kommen, droht dem Land die Rückkehr zu einem System, das Menschen mit guter finanzieller Ausstattung bevorzugt und den Zugang zu universitärer Bildung für finanzschwache Teile der Bevölkerung massiv einschränkt. Für uns ist klar: Bildung ist keine Ware und darf niemals vom Geldbeutel der Menschen abhängen. Auch das Modell der „nachgelagerten Studiengebühren“, das im öffentlichen Diskurs oft als die sozial verträgliche Variante propagiert wird, entspricht nicht unserem Verständnis von Bildung als Menschenrecht. Ganz unabhängig davon ist dieses Modell aber auch schon deshalb abzulehnen, da es einen massiven bürokratischen Aufwand für die Hochschulen mit sich brächte und diese erneut finanziell belasten würde. Wir als Juso-Hochschulgruppe lehnen deshalb jede Form der Studiengebühren strikt ab und werden uns im Falle der Wiedereinführung klar dagegen zur Wehr setzen!

Darüber hinaus steht in der öffentlichen Debatte die vernünftige Ausfinanzierung der Hochschulen in Deutschland leider nicht besonders hoch im Kurs. Stattdessen scheint die vorherrschende Meinung zu sein, dass einige wenige Hochschulen als ‚Leuchttürme‘ besonders gefördert werden müssen, um im internationalen Wettbewerb der Wissenschaft bestehen zu können. Alle anderen Hochschulen sollen lediglich möglichst viele Studierende in möglichst kurzer Zeit zu einem Abschluss und damit auf den Arbeitsmarkt bringen.

Leider funktioniert auch die Hochschulfinanzierung nach eben diesem Modell: Die Hochschulen in Deutschland werden nicht ausfinanziert. Stattdessen werden öffentliche Mittel zum Beispiel im Rahmen sogenannter Exzellenzprogramme nach einem strikten Wettbewerbsprinzip verteilt. Die besonders guten Hochschulen sollen demnach besonders viel Geld bekommen. Das ist doppelt sinnlos, weil diese Hochschulen aufgrund struktureller Möglichkeiten ohnehin schon sehr gut ausgestattet sind und andere an Mittelknappheit

leiden. Auch die ständigen Bewerbungsverfahren für die Exzellenzprogramme sind höchst ineffizient, weil sie einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen und so die Haushalte der Unis zusätzlich belasten.

Dieses System der Hochschulfinanzierung lehnen wir grundsätzlich ab, denn die mangelnde öffentliche Finanzierung führt neben schlechten Lehr- und Forschungsbedingungen auch noch dazu, dass viele Universitäten und Fachhochschulen gezwungen sind, zusätzlich in erheblichem Umfang Drittmittel aus der Privatwirtschaft einzuwerben. So können Unternehmen großen Einfluss auf die Forschungsvorhaben der Hochschulen nehmen, was wir sehr problematisch finden. Kritische Forschung muss frei von wirtschaftlichen Zwängen möglich sein. Außerdem ist die Finanzierung über Forschungsprogramme und Drittmittel immer zeitlich eng begrenzt und kann daher niemals eine solide Grundfinanzierung ersetzen.

Deshalb fordern wir eine grundlegende Ausfinanzierung aller Hochschulen durch Bund und Länder. Der Staat darf sich nicht aus seiner Verantwortung stellen. Dafür muss zuallererst das Kooperationsverbot fallen; und zwar nicht nur im Hochschul- sondern im gesamten Bildungsbereich. Die Länder können, vor allem im Hinblick auf die Schuldenbremse, die Finanzierung der Bildung nicht allein stemmen und der Bund muss auch jenseits von gesonderten Programmen in die Grundfinanzierung einsteigen.

Wir fordern: Keine Einsparungen in der Lehre! Schon jetzt sind Seminare, Vorlesungen, Übungen und Tutorien völlig überfüllt und die Zahl der Studierenden wird noch viele Jahre auf dem jetzigen hohen Niveau bleiben. Kürzungen in der Lehre treffen die Hochschulen im Kern und verhindern, dass allen Studierenden ein gutes Studium geboten wird.

Und wir fordern: Keine Wiedereinführung der unsozialen Studiengebühren!

7. Gegen das Verbindungswesen

Vor allem zu Beginn eines Semesters versuchen in Münster verschiedene studentische Verbindungen und Burschenschaften, Nachwuchs anzuwerben, indem sie günstige Wohnungsanzeigen schalten, Partys veranstalten oder sich als O-Gruppenleiter betätigen. Doch hinter dem Angebot, für wenig Geld in einer netten Gemeinschaft und in einem tollen Haus in bester Lage zu leben, steht eine straff hierarchisch organisierte Verbindung, mit der man einen Bund fürs Leben eingeht. Schnell merken die meisten, was dahintersteht: Ausgehend von einem zutiefst konservativen, häufig reaktionären Weltbild reproduzieren sich in Verbindungen vermeintliche männliche „Eliten“.

Und diesen „Eliten“ akzeptieren aufgeklärte, emanzipierte Frauen nicht, die daher bis heute zumeist immer noch ausgeschlossen sind. Sexismus ist ein Grundbestandteil des Verbindungslebens. Die Abgrenzungsmechanismen von Verbindungen – das „Wir gegen die“ – geht vor allem bei Burschenschaften nicht selten soweit, dass Menschen vermeintlich nichtdeutscher oder sozial niedrigerer Abstammung systematisch ausgegrenzt werden, der Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ diskutierte sogar lange über die Einführung

eines „Ariernachweises“.

Das zeigt, was für ein rechtskonservatives und menschenverachtendes Gedankengut in einigen Verbindungen vertreten wird. Verbindungen stehen einer offenen, toleranten und modernen Gesellschaft konträr gegenüber. Wir verlangen deshalb, den Verbindungen in Münster den Status als Hochschulgruppen abzuerkennen, denn für sie darf hier kein Platz sein.

Das Lebensbundprinzip – wer einmal Teil einer Verbindung ist, kommt da nicht mehr raus – schafft ein weiteres Problem: Es zwingt alle, die einmal Teil der Verbindung geworden sind, lebenslang Verbinder zu bleiben. Wer den Bund verlassen will, muss offen mit ihm brechen. Dies wird aber gleich einer Desertion behandelt. Das ausgetretene Verbindungsmitglied wird nicht nur von den eigenen und befreundeten Verbindungen geächtet, sondern auch von allen darin Organisierten. Eine Verbindung zu verlassen bedeutet daher meist, den größten und oft wichtigsten Teil des sozialen Umfeldes während des Studiums aufzugeben. Immer mehr Verbindungsmitglieder wollen aber aus diesem System ausbrechen, doch für viele Menschen ist der Druck, den das System „Verbindung“ auf sie ausübt, zu hoch – den letzten Schritt zum Verlassen der Verbindung wagen sie nicht und bleiben deshalb in ihr gefangen, auch wenn sie angesichts dieser Situation alles andere als glücklich sind. Diesen Menschen wollen wir helfen: Wir wollen dafür sorgen, dass telefonische Beratungsstellen speziell für diese Problematik sensibilisiert werden.

8. Zusammen gegen den Rechtsruck

Rassistische Gewalt erreichte im Jahr 2016 einen neuen Höchststand. Brennende Asylunterkünfte, körperliche Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und Morddrohungen für Menschen, die für eine offene Gesellschaft eintreten – die Liste fremdenfeindlich motivierter Straftaten wird immer länger und der strukturelle Rassismus der Gesellschaft tritt offen und unverhohlen zu Tage. Ursache für diesen schockierenden Trend ist eine breit aufgestellte Neu-Rechte Bewegung, die gesellschaftlich längst anschlussfähig geworden ist. AfD, Identitäre Bewegung, PEGIDA, neonazistische Kameradschaften und viele mehr bedienen sich der gleichen rassistischen Parolen und erreichen mit ihrem völkisch-nationalen Gedankengut die gesellschaftliche Mitte. Auch wenn sie sich selbst als „schweigende Mehrheit“ verstehen, handelt es sich bei dieser rechten Bewegung um eine sehr laute Minderheit, die es auf erschreckende Weise schafft, den gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen und die Grenze des Sagbaren immer weiter nach rechts zu verschieben. Die echte schweigende Mehrheit jedoch, nämlich jene, die Rassismus und Autoritarismus ablehnt, zeigt sich immer noch viel zu selten.

Anstatt eine klare Kante gegen Rassismus zu zeigen, bedienen die demokratischen Parteien oftmals die rechte Stimmungsmache. Egal, ob es sich dabei um die Diskussionen um das Burkaverbot oder die Obergrenzen handelt, oder konkretes politisches Handeln wie die Verschärfung des Asylrechts und den „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei; die Neu-Rechten bestimmen schon längst das politische Geschehen. Wir als Juso-Hochschulgruppe sehen es

als unsere Pflicht gegen diesen Trend, in der eigenen Partei, in der Gesellschaft und ganz besonders an der Hochschule zu kämpfen. Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität.

Wir wollen demokratische Strukturen an der Hochschule stärken und ausbauen, aber auch proaktiv politische Bildung fördern und anbieten. Auch suchen wir den Schulterschluss zu anderen demokratischen Kräften - auch konkurrierenden Listen - um eine gemeinsame Stimme gegen rechtes Gedankengut zu bilden und so klar zu zeigen, dass an unserer Hochschule kein Platz für Rassismus ist. Als Demokrat*innen sollten wir geschlossen wider den Rechtsruck in unserer Gesellschaft stehen. Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die von Rassismus betroffenen sind. Weiter gilt sie auch denen, die sich in den letzten Monaten und Jahren aktiv gegen die Neu-Rechten eingesetzt haben. Dabei muss klar sein, dass es nicht die eine richtige Form der antirassistischen Arbeit gibt. Jetzt ist es wichtiger denn je, auf allen Ebenen gegen den anhaltenden Rechtsruck vorzugehen, denn für Rassismus darf in unserer Gesellschaft kein Platz sein.

Wir wollen die Hochschule als weltoffenen und toleranten Raum gestalten, um den Gegenentwurf zur neuen Rechten konkret zu leben.

9. Für eine ökologische Hochschule

Wir setzen uns in den Mensen für einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln ein. Wir wollen auf mehr vegetarische und vegane Angebote hinarbeiten, wobei auch insbesondere regionale, saisonale und fair gehandelte Produkte in den Fokus gerückt werden sollen. Selbstverständlich muss dennoch der soziale Auftrag der Mensen gewahrt werden, nämlich kostengünstiges Essen zur Verfügung zu stellen. Die Studierenden sollten mehr für das Thema Fleischkonsum und die allgemeinen ökologischen und sozialen Folgen der eigenen individuellen Ernährungsweise sensibilisiert werden. Dabei liegt die Lösung dieses Problems für uns nicht in dem völligen Verzicht auf tierische und vor allem Fleischprodukte, sondern in einem bewussteren Umgang mit Lebensmitteln und insbesondere tierischen Produkten.

Eine andere Facette dieses Themas sind Tierversuche an unserer Universität. In den vergangenen Jahren haben wir erreicht, dass eine Kommission eingerichtet wurde, die die Experimente an Tieren kritisch überwacht. Auch im kommenden Jahr möchten wir in dieser Kommission durchsetzen, dass jeder Tierversuch auf seine unbedingte Notwendigkeit hin überprüft wird.

Außerdem muss in diesem sehr sensiblen Bereich Transparenz großgeschrieben werden, um die Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften und ethischen Standards zum Schutz der Tiere sicherzustellen. Tiere sind Lebewesen – keine Ware. Sie haben Emotionen und spüren Schmerzen. Deshalb wünschen wir uns auch von der Universität Münster einen zeitgemäßen und sensiblen Umgang mit diesem Thema.

Münster ist bekannt für seine vielen Fahrradfahrer*innen. Damit das auch so bleibt, muss weiterhin in die Infrastruktur investiert werden. Wir werden versuchen, uns auch dafür einzusetzen.

Zwar sind kleine Schritte für eine nachhaltigere Zukunft unverzichtbar, ebenso sehr sind aber auch große Antworten gefragt. Wir möchten, dass die Universität langfristig auf erneuerbare Energien setzt. Zudem fordern wir einen verantwortungsvollen Gebrauch von Energie. Auch mit Blick auf die angespannte finanzielle Situation der Uni sind einfache Schritte wie Lichtausschalten, wenn niemand mehr Licht braucht oder die Heizung herunter drehen, wenn niemandem mehr kalt ist, wichtige und effektive Maßnahmen, durch die bereits eine Menge an Energie gespart werden kann. Ein intelligentes Energie-Management ist unverzichtbar.

In diesem Zusammenhang halten wir es auch für wichtig, dass die Energiekosten in den Wohnheimen des Studierendenwerks individuell abgerechnet werden. Im Moment wird häufig ein Pauschalbetrag fällig, der sich nicht nach dem eigenen Verbrauch richtet. Eine individuelle Abrechnung kann Studierende für ihren Energieverbrauch sensibilisieren und Anreize zum Energiesparen geben.

Banken verwenden bei ihnen angelegtes Geld, um Investitionen im Eigeninteresse zu tätigen. Damit dieses Geld nicht entgegen unseren ökologischen und sozialen Grundsätzen genutzt wird, wollen wir, dass der AstA und nicht zuletzt die Universität, ihr Geld bei einer Bank anlegen, die nach sozial und ökologisch nachhaltigen Prinzipien handelt. Dadurch sollen zum Beispiel der Ausbau erneuerbarer Energien und soziale Wohnprojekte unterstützt sowie Börsenspekulation mit Nahrungsmitteln verhindert werden.

10. Für mehr Kulturräume

Junge Kultur braucht Raum an einer modernen Hochschule. Bildung und Entfaltung enden nicht mit dem Besuch der Vorlesung. Studierende und junge Menschen im Allgemeinen wollen sich künstlerisch entfalten, weiterbilden und in einen Austausch kommen.

Dazu braucht es neben Zeit abseits des Studiums vor allem auch Orte, an denen Kultur stattfinden und an denen sich ausprobiert werden kann. An diesen mangelt es aber eindeutig, gerade für junge Künstler*innen und Kulturveranstaltungen reichen die wenigen Möglichkeiten nicht aus.

Die Baracke am IfPol ist ein gutes Beispiel für studentisch selbstverwalteten Raum, der Studierenden verschiedenster Gruppierungen für Partys, Lesungen, Filmabende oder Vorträge zur Verfügung steht. Entsprechend beliebt ist die Baracke aber leider sehr oft ausgebucht, weshalb es dringend mehr Räume nach ihrem Vorbild geben muss, die den Studierenden eine Alternative zu kommerziellen Anbieter*innen bieten können.

Deshalb fordern wir die Schaffung weiterer Kulturräume für junge Menschen, die selbst verwaltet werden und in denen diese einen Raum für ihre Kunst und ihren Austausch finden. Wir wollen eine bunte, offene und diverse Hochschule – dazu gehören auch Kulturräume!

Wichtiger Dreh- und Angelpunkt studentischer Vernetzung und Austauschs sind darüber hinaus die Räume der Fachschaften. Diese sind jedoch häufig nur sehr klein und beengt, zudem nicht immer barrierefrei erreichbar und werden daher nicht dem Anspruch der Fachschaften auf Transparenz und Präsenz in der Studierendenschaft gerecht. Das muss sich ändern! Wir fordern die Uni daher auf, mehr Raum für die Fachschaften bereit zu stellen.

11. Für eine gerechte Hochschulzulassung

Die Juso-Hochschulgruppe steht für das Ideal eines freien Zugangs zu Bildung. Deswegen lehnen wir jede soziale Selektion bei der Hochschulzulassung ab. Die sozioökonomische Herkunft ist in Deutschland statistisch gesehen ein entscheidender Faktor für den individuellen Bildungsweg. Kinder mit akademisch geprägten Eltern verfügen über eine etwa sechsmal höhere Chance, ein Studium aufzunehmen, als Kinder von Eltern ohne Hochschulabschluss. Obwohl diesem unhaltbaren Zustand am besten im frühkindlichen Bereich und der Schule abgeholfen werden kann, muss auch die Hochschule mehr tun, um auch Kindern aus einem nichtakademischen Umfeld ein Studium zu ermöglichen. Die in Kooperation mit dem AStA angebotene Beratung von Arbeiterkind.de und die Arbeit des Referats für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende (fikuS) sind wichtige Maßnahmen der Studierendenschaft, reichen jedoch bei Weitem nicht aus. Wir fordern die aktive Förderung von benachteiligten Schulabsolvent*innen.

Eine große Hürde auf dem Weg zum selbstbestimmten Studium sind Zulassungsbeschränkungen aller Art, v.a. in Form von Notendurchschnitten. Heute ist fast vergessen, dass der Numerus Clausus, als er in Deutschland erstmals in den 1970er Jahren eingeführt wurde, nur als Übergangslösung bis zu einem bedarfsgerechten Ausbau der Kapazitäten gedacht war. Da dieser aber bis heute nicht stattgefunden hat, stellt die Zulassung nach Abitur-Schnitt in den meisten Fächern inzwischen traurige Realität dar. Das steht unserer Vorstellung von freier Bildung und Chancengleichheit entgegen.

Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, sich gemäß ihrer Interessen und Wünsche zu bilden. Deshalb fordern wir den bedarfsdeckenden Ausbau der Studienplätze, damit niemand mehr durch unsinnige Hürden wie den Abiturdurchschnitt von einem Studium abgehalten wird.

12. Für die Zivilklausel

Im Sommer 2013 wurde unter Mitwirkung der studentischen Vertretung der Juso-Hochschulgruppe im Senat der Universität Münster eine Zivilklausel verabschiedet, womit wir zu den ersten deutschen Hochschulen gehören, die diesen Schritt gehen. Es gilt aber weiterhin, die Einhaltung der Zivilklausel weiter kritisch zu begleiten und Verstöße öffentlich zu machen.

Mit der Zivilklausel hat sich die Universität dazu verpflichtet, nur für friedliche und zivile Zwecke zu forschen. Und das ist bedauerlicherweise keineswegs selbstverständlich. Noch immer wird an etlichen deutschen Hochschulen an Waffen und anderen Rüstungsprojekten geforscht. Dabei wäre es naiv zu denken, dass dies nur zu Verteidigungszwecken diene. Es geht dabei vor allem um wirtschaftliche Aspekte. Deutsche Panzer werden in Krisenregionen wie Saudi-Arabien und andere Golfstaaten verkauft. Als die Menschen Bahrains 2011 gegen ihre Regierung auf die Straßen gingen, schickte die Regierung in Riad Soldaten und Polizisten, ausgerüstet auch mit deutschen Waffen. Auch bei der saudischen Intervention in den Bürgerkrieg im Jemen werden deutsche Waffen verwendet. Dass ebendiese Panzer und andere Waffen durch das Knowhow und die Forschung deutscher Hochschulen mitentwickelt wurden, ist dabei offensichtlich. Angesichts der noch immer unstablen Situation im Nahen Osten wäre es äußerst fahrlässig und verantwortungslos, wenn an deutschen Hochschulen mit Militärforschung die Militarisierung in der Gesamtregion indirekt noch vorangetrieben würde. Noch zynischer wird die ganze Angelegenheit, wenn private Rüstungsunternehmen die Universitäten als staatliche Forschungseinrichtungen verwenden können, um am Ende ihrerseits profitable Geschäfte mit dem Export zu betreiben.

Wenn an Waffen geforscht werden muss, dann sicher nicht unter dem Einfluss privater oder politischer Partikularinteressen an einer staatlichen Hochschule.

13. Für faire Bedingungen für studentische Hilfskräfte

Über ein Fünftel der Studierenden an Hochschulen sind als studentische Hilfskräfte (SHKs) angestellt. An der Uni Münster können wir also mit über 8.000 Studis rechnen, für die die Bildungsstätte Hochschule damit auch gleichzeitig ein Arbeitsplatz ist. Zunächst ist es überwiegend positiv zu bewerten, dass so viele Studierende auch neben dem normalen Uni-Alltag die Möglichkeit erhalten, über ihre Pflichtfächer hinausgehende, tiefere Einblicke in den wissenschaftlichen Alltag zu bekommen. Zudem können diese Studierende ihr Fach- und Methodenwissen erweitern. Was sich zunächst gut anhört, ist bei genauerem Hinsehen jedoch auch prekäre Arbeit. Denn eine Anstellung als SHK ist kein Teil der Ausbildung, sondern ein ganz normales Arbeitsverhältnis. Und ein normales Arbeitsverhältnis muss auch wie ein solches behandelt werden. Deswegen muss es eine angemessene Vergütung der Arbeit geben. Darüber hinaus sind eine faire Stellenbesetzung und grundlegende rechtliche Ansprüche wie etwa Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zwingend erforderlich. All dies wird aber derzeit allzu oft unterwandert. Vertragsfremde Tätigkeiten, Überstunden und teilweise unnötige Befristungen sind nur eine kleine Auswahl der Probleme. Um die Situation für alle Seiten angemessen zu gestalten, bedarf es zweierlei: Der Aufklärung aller SHKs – und auch der Professor*innen – über ihre Rechte und Pflichten in einem solches Arbeitsverhältnis, zudem aber endlich auch eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigung, wie er beispielsweise an der Freien Universität Berlin zu finden ist (vgl. TV Stud. II).

Als ersten Schritt in diese Richtung begrüßen wir es als Juso-Hochschulgruppe sehr, dass es nun endlich eine Vertretung für die Belange studentischer Hilfskräfte gibt, wie sie das im September 2014 beschlossene Hochschulzukunftsgesetz vorsieht. Diese aus drei Personen bestehende Vertretung bildet eine Ansprechstelle für studentische Hilfskräfte und soll die Beachtung geltenden Rechts bei der Auswahl und Beschäftigung von SHKs überwachen und zudem auf bessere Arbeitsbedingungen hinwirken. Wir möchten an dieser Stelle auch explizit die bisherige Arbeit der neuen SHK-Vertretung loben. Diese kann jedoch nur der Anfang einer ordentlichen Vertretung der studentischen Hilfskräfte an der Universität Münster sein. Die SHK-Vertretung steckt immer noch in ihren Kinderschuhen und muss ihre Rolle erst noch definieren und gegenüber der Universitätsverwaltung und den Professor*innen durchsetzen. Ihr müssen zügig ausreichende Kompetenzen verliehen werden, damit sie gegenüber den Professor*innen und der Hochschule durchsetzungsfähig auftreten kann. Zudem darf das Problem der Doppelabhängigkeit von Professor*innen als gleichzeitig Arbeitgebende und Prüfende nicht bei der Vermittlung von Konflikten im Wege stehen.

Darüber hinaus müssen wir langfristig auf eine Vertretung mit angemessenen Handlungskompetenzen und einer funktionsfähigen Organisationsstruktur hinarbeiten, die die studentischen Hilfskräfte der verschiedenen Fachbereiche ausreichend untereinander vernetzt und ihre Interessen stark vertreten kann. Wir halten an unserem Ziel eines ordentlichen Tarifvertrages und damit auch eines Personalrats der studentischen Hilfskräfte fest! Ziel muss sein, dass die SHK-Vertretung genau diese Rolle einnimmt. Mit allen dazugehörigen Befugnissen und Kompetenzen!

Als Juso-Hochschulgruppe werden wir schließlich weiterhin auf die Probleme bei den betreffenden Stellen in Politik und Hochschule aufmerksam machen und auf eine positive Änderung der Arbeitsverhältnisse hinwirken. Ebenso wollen wir zur Durchsetzung unserer Ziele den Schulterschluss mit den Gewerkschaften, insbesondere der Gewerkschaftlichen Hochschulgruppe an der Uni Münster, suchen.

14. Für eine gute Vernetzung mit anderen Studierendenschaften

Viele Interessen und Forderungen der Studierenden lassen sich vor Ort umsetzen. Bei einigen Themen sind allerdings auch die Politiker*innen gefragt, weswegen es wichtig ist, dass wir unsere Forderungen mit einer starken Stimme formulieren und kommunizieren. Bei Entscheidungen, die auf Landes- oder Bundesebene getroffen werden, kann der AstA der Uni Münster leider oft nicht auf Augenhöhe mitreden. Dafür ist es notwendig, dass wir uns mit anderen Studierendenschaften in Münster, NRW und der Bundesrepublik vernetzen und zusammentun.

Es ist Aufgabe des AstAs, diese Vernetzung mit anderen ASten voranzutreiben. Eine Plattform für die Vernetzung der ASten in NRW ist das Landes-ASten-Treffen (LAT). Grundsätzlich begrüßen wir ein solches Gremium. Problematisch ist jedoch, dass das LAT

Beschlüsse nur auf dem Wege des Konsensprinzips schließt. Dadurch können oftmals keine weitreichenden Beschlüsse getroffen werden. Deswegen nehmen wir im Moment Abstand davon, dem LAT offiziell beizutreten, was auch eine finanzielle Abgabe an dieses bedeuten würde. Es soll dennoch weiterhin darauf hingewirkt werden, dass die Arbeitsweise des LAT geändert wird und dieses dadurch zu einem gut funktionierenden Sprachrohr für die Studierendenschaften in NRW werden kann. Das Potential dafür ist grundsätzlich vorhanden.

Auf Bundesebene ist der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (FZS) für uns der einzig legitime Dachverband von Studierendenschaften und stellt ein gutes Sprachrohr für ihre Interessen dar.

Viele Kampagnen des FZS begrüßen wird. So setzte sich der FZS bis zuletzt gegen die Wiedereinführung der Studiengebühren in Baden Württemberg ein, fordert die Abschaffung des Kooperationsverbotes und veranstaltet jährlich das festival contre le rascisme.

Deswegen gilt es, einen Eintritt des AStA Münster in den FZS zu überprüfen und diesen, falls möglich, bald durchzuführen.